

Abend-Ausgabe. 38 mm Br. Kolonnenbreite od. der Raum mit 30 Bl. u. 10 Spalten. Druck und anst. Annoncenstellen u. allen Anzeigen... Preis 1 M. u. 10 % Zust.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 458.

Halle, Montag, den 30. September.

1918.

Hertlings und Hingzes Rücktritt.

Gewaltiges Ringen zwischen Cambrai und St. Quentin. — Zahlreich wiederholte Angriffe der Gegner.

WTB. Großes Hauptquartier, 30. Sept. Westlicher Kriegshauptquartier.

Seereguppen Kronprinz und Koch.

In Cambrai setzte der Feind seine Angriffe fort. Der Einbruch des Gegners in unsere Stellung am 27. September... Zwischen Passchendaele und Belfort drang der Gegner bis Moorslede und Zattebe vor.

Zwischen Passchendaele und Belfort drang der Gegner bis Moorslede und Zattebe vor. Der Feind wurde durch Gegenangriffe wieder zurückgeworfen. Wir kämpften hier in der Zwischenzeit. Gewaltiges Ringen an der Front zwischen Cambrai und St. Quentin.

In den Vororten von Cambrai, Neuville und Cantimpre, setzte der Feind Fuß. Wir ließen hier am Westende der Stadt hinter der Spindel und schienen dort erneute heftige Angriffe des Gegners ab. Die über den Kanal südlich von Maroquin geführte Angriffe des Feindes brachen vor und an der Straße Cambrai-Maunieres zusammen.

coeur zurück. Mit gleicher Kraft griff er unsere Front Sonnenfieu bis südlich von Bellefleur an. Zwischen Connelles und Bellcourt schienen wir den stärksten Ansturm des Gegners gefasst zu sein. Ritters Gieslain, das vorübergehend verloren ging, wurde wieder gewonnen. Derselbe Einbruch wurde im Gegenlohe wieder gestoppt.

Die an der Front bei Connelles und Belfort Gieslain schwerwiegenden Divisionen zogen sich aus Richtung Maroquin gegen ihre alte Stellung zurück. Zwischen Bellcourt und Bellefleur ließ der Feind über den Kanal vor. Wir besetzten ihn am Abend in der Linie: Nordrand Bellcourt-Westrand Jonscourt-Beaucourt zum Teil. Die nördlich von Bellcourt sich aus Richtung Maroquin erweiternden Fronten wurden am Abend ihren Platz auf Beaucourt zurückgeworfen.

In dem im großen erfolgreichen Abschlusse der gelungenen Schlachten haben Truppen aller deutschen Stämme gleichen Anteil. Der Engländer hat seine besten und erfolge mit sehr hohen blutigen Verlusten erlitten.

Seereguppen Deutscher Kronprinz und Gellwig.

Gegen unsere neue Linie am Die-Vigne-Kanal drängte der Feind hart nach. In mehreren Vorfeldkämpfen machten wir hier Gelingen.

Der Feind setzte zwischen der Spitze und Vigne, der Amerikaner gegen den Dstrand der Argonnen und zwischen den Argonnen und der Mas seine erbitterten Angriffe fort. Mehrere neue Divisionen warf der Feind auch gestern wieder in den Kampf.

Zwischen Aubertiville und Somme-Py schlugen wir mehrfachen, nördwestlich von Somme-Py nennmaligen Ansturm des Gegners vor unseren Linien ab. Weiter südlich blieben Maure und Verreuil in des Feindes Hand. Wir standen am Abend nach Abwehr des Feindes in der Linie: Vire — nördlich Verreuil — nördlich Sehaul-Bouconville. Mit besonderer Kraft stürmte auch der Amerikaner gegen den Dstrand des Argonnen-Waldes und gegen die Front zwischen Argonnen und der Mas an.

Wir schossen gestern 45 feindliche Flugzeuge ab. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff

Die Zukunft des Landes ist Deine Zukunft. Geht das Land in Trümmer, reißt es Dich mit. Zeichne Kriegsanleihe - Du hast es für Dich.

Der Rücktritt bereits eingereicht.

Berlin, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Wie in politischen Kreisen mit Bestimmtheit verlautet, sollen der Reichskanzler und Staatssekretär v. Hingze nunmehr dem Kaiser ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt haben. Man erwartet, daß bereits in den nächsten Tagen eine Entscheidung getroffen wird, und ist in politischen Kreisen der Ansicht, daß die Krise unbedingt in den nächsten Tagen ihre Entscheidung finden muß.

Die Änderungen in der Regierung angenommen.

Berlin, 30. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir hören, hat der Kaiser die Rücktrittsgesuche des Reichskanzlers Graf Hertling und des Staatssekretärs des auswärtigen Amtes Herrn von Hingze angenommen. Die Entscheidung über die Persönlichkeiten der Nachfolger des Grafen Hertling und des Herrn von Hingze ist noch nicht gefallen.

Türkischer Ministerrat.

Festhalten an dem bewährten Bündnis. Brüssel, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Wie nach vorliegenden Meldungen verlautet, trat unter dem Einfluß der militärisch-politischen Lage ein türkischer Ministerrat in Konstantinopel zusammen. Er beschloß, an dem bewährten Bündnis mit den Zentralmächten unter allen Umständen festzuhalten. Enver Pascha erklärte in einer Ansprache, daß er einem etwaigen Ausscheiden Bulgariens keine einschneidende Bedeutung für den Ausgang des Krieges beimessen könnte.

König Ferdinands persönliche Bundes-treue.

Berlin, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Der König von Bulgarien hat an Kaiser Wilhelm ein Telegramm geschickt, in dem er persönlich seine Bündnistreue in der gleichen Weise ausdrückt, wie er das in dem Telegramm an Kaiser Karl ebenfalls getan hat.

Der Montag im Reichstage.

Berlin, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Im Reichstage ging es heute vormittag sehr still zu. Weder der Hauptauschuss noch die Kommissionen hielten Sitzungen ab. Erst um 12 Uhr mittags traten die Nationalabgeordneten zu einer

Fractionsberatung zusammen, in der alle Mitglieder gestern Nachmittag eingeladen worden waren. Der Hauptauschuss des Reichstags tritt nachmittags 2 Uhr zusammen. Um 3 Uhr soll wieder eine vertrauliche Besprechung der Ausschussmitglieder und des Kanzlers mit den Vertretern der Regierung über die allgemeine Lage stattfinden.

Gemeinsam geführter Wahlkampf.

Berlin, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Wie unser Westlicher Vertreter zuverlässig erfährt, sind die wahlrechtserfahrenen Parteien mit Ausschluß der unabhängigen Sozialdemokraten übereingekommen, im Falle einer Wahl in Preußen einen gemeinsamen Wahlkampf zu führen und zusammen ihre Kandidaten aufzustellen. Nur über die Kandidaten in der Provinz, wo gegen die Polen Stellung genommen werden muß, ist noch keine Einigung erzielt worden.

Das Programm der Mehrheit.

Berlin, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die Mehrheitsparteien traten heute, wie unser Westlicher Vertreter zuverlässig erfährt, zusammen, um ein Programm aufzustellen, das dem neuen Reichstage vor seiner Ernennung unterbreitet werden soll. Eine bestimmte Persönlichkeit ist als Nachfolger des Grafen Hertling nicht in Aussicht genommen worden. Man erwartet in den Mehrheitsparteien, daß der Kaiser dem Kaiser im Hauptquartier selbst geeignete Vorschläge über seinen Nachfolger machen wird.

Die Verfassungsänderung und das preussische Ministerium.

Frankfurt a. M., 30. Sept. (Privattelegramm.) Aus Berlin meldet man der „Frankf. Ztg.“, daß sich das preussische Ministerium nicht einsichtig gegen die Aufhebung des Artikels 9 der Verfassung ausgesprochen hat, sondern gegen eine solche Verfassungsänderung ist.

Das Bekenntnis zur Demokratie.

Bern, 30. September. (Privattelegramm.) Die „Berliner Nationalzeitung“ findet es gut, das Schicksal der Welt noch einmal in Wilsons Hände legen zu wollen und schreibt: Es mag zwar einmal wahr sein, daß hinter den Regierungen der europäischen Entente der nationale Anreizismus liegt. Das ändert nichts an der Tatsache, daß nur das vollständig überzeugte und unüberwindliche Bekenntnis des deutschen Volkes zur Demokratie jene Anreizungen zu entzweigen vermag. Was es den Stolz der Deutschen aus sich zu verlieren, wichtiger ist es für ein Volk, zu leben und seine Zukunft zu retten. Deutschland muß Vertrauen erproben und selbst vertrauen; nur dann kann es an diesem größten Wendepunkte seiner Geschichte den rechten Weg einschlagen. Deutschland hat seine größte und letzte Kraft im Weltkrieg gezeigt und nicht auf den Tisch geworfen, die deutsche Freiheit und die Wiegegeburt des deutschen Volkes. (Letzte Verweise siehe auch Seite 3.)

Die Grundlage einer Volksgovernment.

Der der Wunsch nach einer starken Regierung führt, darf nicht verneinen, daß eine Regierung stark nur sein kann, wenn sie, wenn auch nicht von der ganzen, so doch von einem starken Bruchteil der Bevölkerung getragen wird. Der „starke Mann“ an der Spitze allein genügt nicht. Zum mindesten im gleichen Maße ist erforderlich, daß hinter diesem einen Manne die Masse der Bevölkerung steht. Sie muß mit Vertrauen zu ihm aufstehen und das Gefühl haben, daß die Geschäfte des Landes in seinen Händen gut aufbewahrt sind. Einen solchen Zustand wird man heute nicht mehr dadurch erreichen, daß von allerhöchster Stelle ein Beamter oder sonst ein Politiker zur Regierung berufen wird, von dem die breiten Massen des Volkes kaum mehr wissen als von dem eine Tatsache, von wo er kam und wie sein Name lautet. Das Vertrauen des Volkes kann und wird der verantwortliche Leiter der Regierung auch immer nur haben, wenn er über eine starke Mehrheit im Parlamente verfügt, die nicht nur die politischen und nationalen Notwendigkeiten bewilligt, sondern auch darüber hinaus sich mit verantwortlich fühlt für die Führung der Geschäfte des Landes. Das erfordert die Bildung einer Mehrheit im Reichstage, die in sich geschlossen ist, als das bei der bisherigen Mehrheit der Fall sein würde. Eine der Grundlagen für eine starke Regierung ist nicht zuletzt, daß die Mehrheit des Reichstags möglichst weit reicht, daß sie sich über die gemeinsamen Ziele einig ist und die Kraft besitzt, Programmpunkte, die über die mögliche Gemeinsamkeit hinweggehen, zurückzustellen. Die Berliner Verhandlungen der Reichstagsabgeordneten sollen dazu dienen, diese Grundlagen zu schaffen. Erst eifriger Besprechungen sind diese Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Basis für eine gemeinsame möglichst enge Zusammenarbeit ist noch nicht gefunden, doch vermehren sich die Ausichten, daß diese Basis erreicht werden wird. Den sozialdemokratischen „Bedingungen“ für einen Eintritt in die Regierung, die in Wirklichkeit eine Art Programm darstellen, ist jetzt eine nationalliberale Nationen gefolgt, der unter dem Gesichtswinkel der notwendigen Wehrheitsbildung größte Bedeutung zukommt. Was in der am Sonnabend bekannt gegebenen Aufzeichnung der nationalliberalen Reichstagsaktion zum Ausdruck kam, zeigt, daß man bei dieser Partei den Weg zu den bisherigen Wehrheitsparteien zu suchen beabsichtigt ist. Man will aus der Isolierung heraus und eine positive Mitwirkung an den Reichsgeschäften erreichen. Die nationalliberale Resolution stellt einen erfreulichen Sieg der linken Richtung innerhalb dieser Partei und ein Zurückdrängen derjenigen Elemente dar, die in der inneren und äußeren Politik sich nach rechts zu orientieren

huchten. Ein kurzer Blick auf die Entschlüsse der Nationalliberalen läßt leicht die Berührungspunkte erkennen, die namentlich von Stresemann die Scheidemann betonen. Auf der hoch diese beiden Namen getrenntgedeneten Linie ist man sich jetzt klar darüber, daß die größere parlamentarische Fiktion kommen muß. Die Vorbedingung hierfür ist die Aufhebung des Artikels 9 Absatz 2 der Verfassung, die schon von der Sozialdemokratie verlangt wurde und die jetzt auch von der nationalliberalen Entschlüsse gewünscht wird. Der Absatz 2 des Artikels 9 lautet kurz: „Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein.“ Die Entschlüsse der Nationalliberalen geht schließlich noch insofern weiter, als sie ganz logisch auf die Aufhebung des zweiten Absatzes des Artikels 21 der Verfassung („Wenn ein Mitglied des Reichstags ein solches Reichsamt oder in einem Bundesstaate ein solches Staatsamt annimmt, oder im Reichs- oder Staatsdienste in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, so verliert er Sitz und Stimme in dem Reichstage und kann seine Stelle in demselben nur durch neue Wahl wiedererlangen“) fordert. Kommen wir zu einer weiteren parlamentarischen Fiktion, wozu wiederum erst ein Kanzlerwechsel erforderlich ist, dann wird der Reichstag in Ränge - nicht erst am 5. November, wie bisher bestimmt - zusammenzutreten müssen, um diese Verfassungsänderungen zu beschließen, für die dann die Zustimmung des Bundesrats erforderlich wäre. Nun heißt es, daß eine solche Zustimmung des Bundesrats verweigert werden könnte. Wir können einstweilen nicht glauben, daß sich im Bundesrat genügend feindsüchtige Männer finden, um hier noch Schwierigkeiten zu machen.

Unterchiede zwischen den Nationalliberalen und den sozialdemokratischen Wünschen und Forderungen bestehen nicht nur in der Verfassungsfrage, bei der die Freiheit auf dem Gebiete der preussischen Wahlreform und in der eschloßartigen Frage. Immerhin kann hier nicht von besonders hervortretenden Gegensätzen gesprochen werden. Das wird erst auf dem Gebiete der äußeren Politik angedeutet. Ganz gibt es auch hier Punkte, bei denen sich die Wünsche der Nationalliberalen und Sozialdemokraten berühren. So verlangen z. B. beide Parteien gemeinsam die Einführung einer Zollvereinbarung in den besetzten Gebieten des Ostens. Auch in der Forderung eines Bundesbundes sind sich beide Parteien einig. Anders in der belgischen Frage und bei der weiteren Behandlung der östlichen Randstaaten. Um des großen Sieges willen darf man aber nach wie vor die Hoffnungen aussprechen, daß eine Einigung noch zustande kommt. Von Konfliktspunkten ist die Meinung ausgesprochen worden, daß die parlamentarische Fiktion wegen ihrer zu weitgehenden Wünsche ohne die Sozialdemokratie durchgeführt werden könnte. Dem kann nicht sofort genug widerprochen werden. Welchen Ansichten man auch im politischen Leben hubigt, dem Gedanken Besymann Hoffwegs, daß die ungeliebte Aufgabe des Wälferingens ohne die überzeugte und geschlossene Mitwirkung der Arbeiterschaft nicht bewältigt werden kann, wird man sich heute weniger denn je verschließen dürfen. Wollen wir die große nationale Welle im deutschen Volke auslösen, die erforderlich ist, um der riesigen inneren Schwierigkeiten Herr zu werden, dann darf die Sozialdemokratie der praktischen Regierungsarbeit nicht ausgeschlossen werden. Soll die parlamentarische Fiktion zur bloßen Spielerei werden, so muß die Sozialdemokratie mit in die vorderste Linie der Bewegung eintreten. Das ist es, was bei den weiteren Verhandlungen der Parteirepräsentanten im Reichstage eintreten und erreicht werden muß. Mit der Erlangung dieses Zieles wird ein Stück nationaler Arbeit bewältigt sein, die von größter Rückwirkung auf die gesamte Lage des Reiches ist.

C. H.

Die Stellung des Reichskanzlers.

In Reichstagskreisen erhält sich nach dem „L. A.“ die Auffassung, daß der Reichskanzler Graf Hertling selbst einen Wert mehr darauf legt, seine schwere Amtslast nicht nur allein zu tragen, sondern auch, daß dem Grafen schon vor einigen Wochen ärztliche Ratschläge gegeben wurden zurückzutreten. Das Wohlgefühl des Grafen Hertling hat ihn damals zurückgehalten, dem ärztlichen Rat zu folgen. Nachdem aber in dem Komplex der Fragen der großen Politik sehr schwierige Probleme aufgezreten sind, so hat Graf Hertling - wiederum von seinem Wohlgefühl getrieben - die Arbeitslast des Kanzlers an eine unvertraute Kraft abtreten wollen. Dabei rechnete man in Abgeordnetkreisen damit, daß der Graf noch verbleiben wird, die inneren Streitfragen zu erledigen, um seinem Nachfolger eine geordnete Arbeitsweise zu hinterlassen. Als Nachfolger für eine bestimmte Persönlichkeit noch nicht „in Aussicht genommen“.

Der Reichskanzler im Hauptquartier.

Die Kanzlerkreise vor der Entscheidung. - Der kritische Artikel 9 der Reichsverfassung. - Weitere vertrauliche Besprechungen der Mitglieder des Hauptauschusses. Das preussische Staatsministerium war, wie mitgeteilt, am Freitag zu einer Sitzung zusammengetreten. Das Ministerium befaßte sich auch mit der Frage der Aufhebung des Artikels 9, Absatz 2, der Reichsverfassung und hat, wie der „Vorwärts“ aus guter Quelle erfahren haben will, beschlossen, gegen die Aufhebung des Artikels 9 im Bundesrat zu stimmen. Da es genügt, wenn im Bundesrat 14 Stimmen gegen die Aufhebung einer Zustimmung der Verfassung abgegeben werden, so würde die Verfassung stehen, schon allein die vorgeschlagene Verfassungsänderung zu Fall bringen können. In der Hauptsache dürfte der Beschluß auf die Initiative des Grafen Hertling zurückzuführen sein, der sich schon bei seinem Amtsantritt gegen die Aufhebung des Artikels 9 ausgesprochen hatte. Vor seiner Abreise ins Hauptquartier hat der Reichskanzler Graf Hertling, dem übrigen der Staatssekretäre des auswärtigen Amtes, die Frage gestellt, den Reichskanzler v. Stein, dem neuen Vertreter des Staatssekretärs des Reichsministeriums, Vizeminister Ritter v. Mann, und dem Präsidenten des Reichstags Ferdinand von Schönerer empfangen.

Vermutlich hat bei den Besprechungen auch die Einberufung des Reichstags eine Rolle gespielt. Die Verhandlungen vor dem Unterstaatssekretär im auswärtigen Amte Freiherrn von dem Bussche und den Mitgliedern des Hauptauschusses des Reichstags vertrauliche Besprechungen statt. Wie wir hören, machte der Unterstaatssekretär den Abgeordneten Mitteilungen über die ausstehende Lage. Heute vormittag soll der Hauptauschuss des Reichstags wieder zusammengetreten. Es muß aber mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die heutige Sitzung des Hauptauschusses noch im letzten Augenblick versagt wird. Die Ursache für eine eventuelle Vertagung dürfte die Tatsache sein, daß die Kanzlerkreise durch die Kritik des Reichskanzlers ins Hauptquartier besonders akut geworden ist. Man wird vermutlich abwarten wollen, mit welchen Entschlüssen der Reichskanzler aus dem Großen Hauptquartier zurückkehrt.

Ein Telegramm des Königs Ferdinand.

Wien, 28. Sept. Nach der „Neuen Freien Presse“ hat der König der Bulgaren an Kaiser Karl eine Postkarte geschickt, in der er seine Bundeserhebung vertritt. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht ferner Mitteilungen, die der Professor an der Budapestener Orientabteilung Adolf Straus, der schon in Friedenszeiten mit König Ferdinand in Verbindung stand, aus Sofia erhalten hat. König Ferdinand verhält sich nach seinem Vorkommen und tritt den Ereignissen in der Hoffnung auf die Hilfe der Mittelmächte entgegen. Der König hat die Friedensverhandlungen nicht geilligt und auch von dem Friedensschritte seiner Regierung nichts gewußt. Von maßgebender ungarischer Seite ist nach Sofia mitgeteilt worden, daß bereits ausreichende Hilfe auf dem Wege ist.

Bulgariens früherer Generalissimus über die Lage.

Budapest, 28. Sept. (Wiedergabe des ungarischen Telegramm. Korrespondenz.) Der frühere Oberkommandant der bulgarischen Armee, General G. S. G. erklärt heute über die bulgarischen Ereignisse und die durch sie geschaffene Lage folgendes: Die derzeitige Situation Bulgariens ist nicht so schlecht, als man glaubt. An der Front und im Innern zeigen sich gewisse Anzeichen. Diese beruht der Feind auf der Erklärungslosigkeit seines Erfolges in Mazedonien. All dies ist schließlich als vorübergehend anzusehen und nach kurzer Zeit wird die Lage infolge der Maßnahmen, die von dem Oberkommando der bulgarischen und der verbündeten Armeen getroffen worden hergestellt sein. Sie wissen wohl, daß der südliche Armeekorps nicht fehlt, derjenige der Bulgaren, sondern des ganzen Verbundes ist. Infolge dieses Umstandes kann man wohl Vertrauen haben, daß der zeitweilige Erfolg des Feindes durch die Widerstände unserer tapferen Armeen bald zurückgeworfen werden wird. Was den Frieden betrifft, so will ich unser Vaterland und will auch Vater bringen, um ihn zu erreichen. Da aber unsere Hände gegen den Feind sind, muß der psychologische Moment abgewartet werden, wo wir einen Friedensschluß können, der unsere Gebiete und unser Recht auf Bosnien wahren wird. Ich glaube nicht, daß wir zu tauschen, wenn ich behaupten, daß dieser Moment nicht mehr fern ist. Eben infolge der Nähe dieses Augenblicks müssen wir noch einige Opfer bringen, müssen Geduld haben und im vollen Vertrauen der Zukunft entgegenzusehen.

Ein Stimmungsbild aus Sofia.

Eine offizielle, im politischen Leben lebende Persönlichkeit, die am Freitag abend aus Sofia abgereist ist, schildert einem Mitarbeiter des „L. A.“ ihre Eindrücke aus Sofia ungefähr wie folgt: „Nach meinen Feststellungen halten sich die Anhänger Malinows und Radolowskows ungefähr die Waage. Das Hinsinken an der Waage werden die militärischen Erfolge Serbiens und Oesterreich-Ungarns bilden. Gelingt es morgen oder übermorgen, Erfolge der verbündeten Truppen festzustellen, die in einem Zurückdrängen des Feindes oder auch nur in einer Stabilisierung der Front bestehen können, so ist das Schicksal der Malinowisten besiegelt. Bekanntlich tritt heute die Sorbance zusammen; die Entscheidung über das Schicksal des Landes liegt in ihrer Hand. Weder ist nicht zu sagen, daß innerhalb einiger, wenn auch nur wenige Mitglieder der Radolowskowsischen Partei zur Zeit noch mehr nach der anderen Seite hinüberzuziehen. Ich halte insbesondere dafür, daß die militärischen Ereignisse der allerersten Zeit die Entscheidung der Sorbance entscheidend beeinflussen werden. Malinow, in dem Gefühl der Unicherheit seiner Position, arbeitet mit allen Mitteln. Er unterbreitet vollkommen alle Besprechungen. Infolgedessen erfahren die Sorbaten von den Vorgängen an der Front jetzt gar nichts mehr; bis zum Zeitpunkt seines Sandbretts erhalten sie nur das feine Zerknirschung. Die ihm unterbreiteten Telegramme-Agenzien arbeiten ausschließlich nach dem Willen seines ihm instruierten Geschäftsführers, des Professors Wilens. Am Freitag war in Sofia der übliche Wochenmarkt. Hier kommen die Bauern aus dem ganzen Lande zusammen und tragen die Produkte, die sie am Tage der Regierung erfahren, ins Land. Wie überhaupt in Sofia in den ganzen letzten Tagen, so ging es auch an diesem Markttage absolut ruhig zu. Von irgendwelcher Unruhe war auch nicht das mindeste zu spüren. Ich will nicht darüber äußern, ob die Sorbaten Bevölkerung in ihrem Durchschnitt den Deutschen liebt, aber sie hat starken Respekt vor ihm. Ihr liegt durchaus nichts daran, daß die Sorbaten Bulgarien zum Diskussions- und Operationsgebiet macht. Sie heißt aber denjenigen willkommen, der ihm mit harter Hand schnell aus der gegenwärtigen schweren Bedrängnis hilft. Es möchte schon einen ungeheuer starken Eindruck, daß den ganzen Freitag über unabsehbare Mengen von Truppen durch Sofia zogen. Der gesamte Personenverkehr in Bulgarien ist seit Tagen

geleert. Wenn wir das etwas erschaffte Bulgarien mit Hilfe solchigen neu durchführen, dann ist die bulgarische Kräfte zu unzureichenden entstehen, und Malinow hat verloren. Aus diesem Grunde, in Berücksichtigung der Stimmung seines Volkes, hält sich der König äußerlich vornehm zurück.“

Was Bulgarien ausliefern soll.

Saag, 28. Sept. „Daily Chronicle“ schreibt: Man muß sich hüten, vorzeitig übertriebene Freude zu äußern und sich einzubilden, daß der Krieg deshalb vorbei ist, weil das kleinste Mitglied des feindlichen Verbundes das Postgebot gestrichelt hat. Wir sind noch weit davon entfernt, den Krieg gewonnen zu haben, und es gibt keinen Anzeichen in diesen Dingen, in welchem eine künftige Partei ihre Kraft nach außen zu zeigen, als dann, wenn die Entscheidung vor sich auszusprechen beginnt. - „Manchester Guardian“ sagt: Die Alliierten können bezüglich Bulgariens in diesem Stadium keinen definitiven Frieden schließen. Die Gebietsregelung muß einen Teil der europäischen Neuordnung ausmachen. Bulgarien muß seine Artillerie, Waffen und Munition ausliefern, demobilisieren und den Alliierten den freien Gebrauch seines Gebiets für ihre weiteren Arrangements erlauben.

Erwünschte Knebelung Bulgariens.

Paris, 28. Sept. (Savas.) „Journal des debats“ hat sich das bulgarische Friedensangebot an die Alliierten und auf das Wort noch auf die schriftlichen Verpflichtungen seiner verantwortlichen Minister. Wir brauchen materielle Eigenschaften. Wenn die alliierten Regierungen nicht genug wären, in diesem Punkte nachzugeben, so wären sie zerbrochen.

Heuferrungen der Wiener Presse.

Wien, 29. Sept. Die Blätter besprechen die durch den bulgarischen Schritt hervorgerufene Lage fast ausschließlich mit dem Ausdrücke „Furcht“. Die Dinge werden nicht so gesehen, wie sie wirklich sind. Die bulgarische Heuferrungen der Wiener Presse sind nicht so gefährlich, wie sie dargestellt, teils nach im Zuge befindlichen militärischen Maßnahmen der Mittelmächte, die in Angriff zu werden beabsichtigt sind. Sie erwarten, daß das am Dienstag zusammengetretene Parlament auf der Höhe der Situation sein und ruhigen festen Willens den Weg beschreiten werde, an dessen Ende das Ziel liegt: Ein ehrenvoller Friede nach außen und nach innen. Angesichts des Umstandes, daß die aus Sofia einströmenden Meldungen zwar günstig lauten, aber eine Vorhersage über die Haltung der bulgarischen Nationalversammlung nicht gestatten, beurteilen die Blätter Bulgariens politische Lage mit gebotener Zurückhaltung. Das „Trendelenburg“ sagt: Die militärischen Vorlesungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns die aus äußerlich gefaßt waren, sind solcher Art, daß auch bei vollständigen Verlagen der militärischen Kräfte Bulgariens die Mittelmächte die Südwestfront halten werden. Gerade in diesem kritischen Augenblicke zeigt sich die Stärke Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, die imstande sind, trotz eines so betrübenden Ereignisses, wie es der Zusammenbruch Bulgariens ist, in die Presse zu springen und die Aufgabe zu bewältigen, welcher der Bundesgenosse nicht mehr gemessen ist. Wir müssen mit Ruhe die Entwicklung der Dinge in Bulgarien abwarten. Dringt die Politik Malinows nicht durch, desto besser, aber auch im gegenteiligen Falle wird das Auscheiden Bulgariens aus dem Weltkriege nicht den Sieg unserer Feinde bedeuten.

Der Weg nach dem Orient wird uns nicht verlegt werden. Die „Zeit“ möchte schon von nördlichen ausweichenden Hoffnungen entgegengeraten, die man in der Entente zu hegen liebt. Insbesondere möge man sich in London, Paris oder Washington nicht darüber täuschen, daß man bei uns nicht nur an höchsten Stellen, nicht nur dort, wo die Verantwortlichkeit für die Führung der Politik liegt, sondern ebenso im Volke selbst, ausgenommen natürlich dort, wo das deutsche Bündnis von Anfang an angeheftet wurde, mit unerschütterlicher Treue am Bündnisse mit dem Deutschen Reiche festhält. Mit Bezug auf die bevorstehende Parlamentstagung regt die „Neue Freie Presse“ eine freie Aussprache zwischen Deutschen, Tschechen und Südslaven an.

Das Ergebnis des Wiener Kronrats.

Budapest, 28. Sept. Das ungarische L. Korrespondenz. Budapest. Blättermeldungen zufolge ist im letzten Wiener Kronrat alles geschehen, was das wohlbestehende Interesse der Monarchie erfordert. Während einerseits die notwendig gewordenen militärischen Maßnahmen zur Sicherung einer wirksamen Verteidigung vollzogen wurden, besteht unverändert das Bestreben, im ersten möglichen Augenblicke einen Frieden zu schließen, der die territoriale Integrität der Monarchie unbedingt wahrt und der einvernehmlich mit dem Deutschen Reiche geschlossen werden soll, ebenso wie wir mit diesem auch in den Kämpfen Schützer an Schützer gehalten haben. In den Kämpfen werden wir nicht nachdrücklich betont, daß, wenn die Entente in Bulgarien auch die Monarchie gefaßt hat, wir es aufserordentlich schwerer Situation gefaßt haben, wenn wir es nicht zu dem Zeitpunkt der Verzagtheit Grund vorhanden sei. Wenn die Serben Ungarns die nördlichen und rumänischen Invasionen ausgehalten haben, werden das Vertrauen und die Zuerstheit der Monarchie auch weiterhin unerschütterlich bleiben. Ihre Wehrkraft werde im Süden den Feinden eine neue eiserne Mauer entgegenstellen, ihre Diplomatie eine auch weiterhin nicht versagende Willenskraft.